Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 115 (1982)
Heft: 43

Heft

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Berner Schulblatt L'Ecole bernoise 43

Organ des bernischen Lehrervereins
115. Jahrgang. Bern, 29. Oktober 1982

Organe de la Société des enseignants bernois
115e année. Berne, 29 octobre 1982

Motion L. Robert betreffend Neufassung des Kindergartengesetzes

Bei der vorparlamentarischen und parlamentarischen Behandlung des vom Rat zurückgewiesenen Kindergartengesetzes zeigte sich in wichtigen Punkten eine weitgehende Übereinstimmung: Die Möglichkeit, mindestens ein Jahr unentgeltlich und freiwillig einen Kindergarten besuchen zu können, soll für jedes Kind geschaffen werden, und der Kindergartenbereich soll selbständig gesetzlich geregelt werden (Motion Hamm/P. Robert). Umstritten war und ist dagegen, ob 1. ausschliesslich die öffentliche Hand Trägerin des Kindergartens sein soll und 2. inwieweit die vorgesehene starke Durchreglementierung auf staatlicher Ebene (63 Gesetzesartikel und 33 Verweise auf weitere staatliche Erlasse) und die weitgehende Anlehnung an das Primarschulgesetz richtig ist und der Idee des Kindergartens als freiwilliger, nicht schulischer Einrichtung gerecht zu werden vermag. Nicht gelöst ist zudem 3. die Kompetenz- und Finanzaufteilung zwischen Kanton, Gemeinden und privaten Trägern.

Unterdessen sind nun von der Erziehungsdirektion auch noch die Grundsätze zur Entwicklung des bernischen Bildungswesens publiziert worden, von denen insbesondere die folgenden auch für ein zukünftiges Kindergartengesetz wegleitend sein müssen:

- «Die Bildungsgesetze sollen den Charakter von Rahmengesetzen haben. Als solche regeln sie nur soviel als nötig . . .»
- «Entscheidungsbefugnisse und Kompetenzen werden ‚so weit unten wie möglich' angesiedelt.»
- «Dezentrale Initiativen, Entwicklungsarbeiten und Reformbemühungen werden durch personnelle und finanzielle Mittel unterstützt.»
- «Es werden Massnahmen getroffen, um die Elternmitarbeit . . . zu verbessern und verstärken.»

Aufgrund dieser Ausgangslage ersucht die freisinnige Fraktion die Regierung, bei der Neufassung des Kindergartengesetzes folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Der Bereich des Kindergartens ist losgelöst von der Volksschulgesetzgebung zu regeln in einem Rahmengesetz, das sich auf das Unerlässliche beschränkt.
2. Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, während mindestens eines Jahres unentgeltlich und freiwillig einen Kindergarten besuchen zu können. Die Gemeinden oder private Trägerschaften sorgen für diese Möglichkeit.
3. Der Kanton richtet Gemeinden und privaten Trägerschaften nach besonderem Dekret Beiträge an ihre Aufwendungen für den Kindergarten aus.
4. Die Gemeinden und die privaten Trägerschaften ordnen das Kindergartenwesen selbständig in Reglementen.
5. Im übrigen beschränkt sich der Kanton auf eine Rechtsaufsicht; im besonderen verzichtet er auf den Erlass eines verbindlichen Rahmenplans und auf die generelle Oberaufsicht über die Kindergärten.

Bern, den 14. September 1982

ns. der FdP-Fraktion: *L. Robert*

Das Kind mit dem Bad ausschütten?

Bei der Behandlung des Kindergartengesetzes ist der Grosse Rat des Kantons Bern wirklich nahe daran, «das Kind mit dem Bad auszuschütten». Er hat selber durch das Überweisen von persönlichen Vorstössen in den Jahren 1973 und 1979 dem Regierungsrat den Auftrag erteilt, ein Kindergartengesetz vorzulegen, das bestimmten Grundsätzen entspricht. Wegen Überlastung durch andere Geschäfte lehnte er es Ende 1981 ab, eine entsprechende Vorlage zu behandeln. Die nach den Grossratswahlen neu zusammengesetzte Kommission trat im Juni 1982 mit grosser Mehrheit auf den Gesetzesentwurf ein und verabschiedete diesen nach einigen Änderungen mit 15 gegen 1 Stimme bei 2 Enthaltungen, wobei der Gegner ausdrücklich erklärte, er befürworte an und für sich das Gesetz, demonstriere aber dagegen, dass ein bestimmter Änderungsantrag nicht angenommen worden sei.

Obwohl die Geschäftsordnung den Kommissionspräsidenten auferlegt, die Meinung der Kommissionsmehrheit zu vertreten, wurde das Kindergartengesetz vor und während der Behandlung in der Septembersession von der Präsidentin und anderen Mitgliedern der Kommission im Stich gelassen.

Nach ausgiebiger Diskussion beschloss der Rat dennoch Eintreten auf die Vorlage, wies diese aber dann zur Überarbeitung an die Regierung zurück, wobei den im Rat geäusserten Bedenken, vor allem bezüglich der Anzahl von Artikeln, Rechnung zu tragen und eine Frist von einem Jahr einzuhalten sei. Im Anschluss daran hat die Kommissionspräsidentin im Namen ihrer Fraktion eine Motion eingereicht, in welcher für die Überarbeitung bestimmte Auflagen festgehalten sind, welche zum Teil schon vom Rat beschlossen und damit überflüssig

Inhalt – Sommaire

Motion L. Robert betreffend Neufassung des Kindergartengesetzes 317
Geschichte – Histoire 319
Renaissance – Satie – Wien 320
Nouvelles du Centre de perfectionnement 320
CIRCE III 321
Assemblée des délégués de la SEJB 321
Grandeur des classes 323

sind, zum Teil aber neu sind und damit erst im Rahmen des neuen Entwurfes richtig beurteilt werden können. Mit diesem Vorgehen wird das in relativ kurzer Zeit durchzuführende Verfahren noch mehr kompliziert, denn nun muss noch der Beschluss des Grossen Rates über die neue Motion abgewartet werden.

Um im eingangs genannten Bild zu bleiben: hier wurde nicht nur das Kind zum Abmagern in eine Badekur geschickt und ist in Gefahr, selber ausgeschüttet zu werden, vielmehr versucht man auch noch, die Badewanne zu zerschlagen.

In dieser Situation tut Besinnung not.

Die Bedeutung des Kindergartens heute

Warum hat der Kindergarten heute eine andere Bedeutung als vor fünfzig oder hundert Jahren und warum ist eine staatliche Regelung nötig?

Beim Eintritt in die obligatorische Schule sind viele unserer Erlebnismöglichkeiten, Empfindungs- und Denkweisen sowie Verhaltensmuster schon festgelegt. Bis in unsere Zeit hinein wuchsen Kinder in einer Umgebung auf, die nicht sehr verschieden war von derjenigen, in welcher sie selber später lebten. Im Rahmen von überblickbaren Gruppen und Verhältnissen wuchsen sie in die lebenswichtigen Erlebnis- und Verhaltensweisen hinein. Das ist heute nicht mehr der Fall. Unsere Gesellschaft, unsere Familien, unser Alltag, unser Berufsleben wandeln sich sehr stark und sehr rasch. Viele unserer Kinder werden in einer anderen Umgebung leben müssen, als sie heute aufwachsen. Viele Familien bieten nicht mehr den für die Entwicklung angepasster Verhaltensweisen notwendigen Rahmen. Das trifft sowohl für die Schlüsselkinder in den Mietskasernen unserer Städte wie für die Einzelkinder in Villenquartieren oder für Kinder auf Einzelhöfen in dünnbesiedelten Randgebieten zu. Ihnen allen kann ein vernünftig geführter Kindergarten Erfahrungen vermitteln, deren Fehlen ihr zukünftiges Leben erschwert oder gefährdet.

Dazu kommt, dass Ausbildungs- und damit Berufserfolg weitgehend von den Anregungen und Unterstützungen abhängig sind, welche Kinder in ihrer Entwicklung vor dem Schuleintritt erhalten. Zum Erbe, das unseren Lebensweg beeinflusst, gehören eben nicht nur die in der Erbmasse angelegten Entwicklungsmöglichkeiten, sondern auch die durch äussere Anregungen zur Entfaltung gebrachten Fähigkeiten. Ein guter Kindergarten vermag einen gewichtigen Beitrag zur Verwirklichung von mehr Chancengerechtigkeit in der Ausbildung unserer Kinder zu leisten. Kinder sollten nicht dafür gestraft werden, dass sie in eine anregungsarme Umgebung hinein geboren wurden und deshalb ihre natürlichen Anlagen nicht entfalten konnten.

Die heutige Regelung

In seiner Gesetzgebung geht der Kanton Bern häufig so vor, dass er Neuerungen praktisch ausprobiert und sie erst in Gesetzen festschreibt, wenn sie sich bewähren. Genau so ist es beim Kindergartenwesen geschehen.

In der von Katharina Nuspliger und Alice Marcet geschriebenen und kürzlich im Staatlichen Lehrmittelverlag erschienenen Geschichte des Kindergartens im Kanton Bern kann man nachlesen, wie seit mehr als hundert Jahren vor allem Frauen unter grossen persönlichen Opfern Kindergärten zur Behebung von sozialen Notlagen und zur Befriedigung von dringenden Bildungsbedürfnissen geschaffen haben und wie nach und nach die heutigen rechtlichen Grundlagen für das bernische Kindergartenwesen entstanden sind.

Diese sind durch folgende Elemente gekennzeichnet:

- Artikel 75 des Primarschulgesetzes stellt die Kindergärten unter die Aufsicht des Staates und gibt diesem die Kompetenz zu finanziellen Beiträgen und zu weiteren Erlassen.
- Artikel 21 des Gesetzes über die Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen überträgt dem Staat die Verantwortung für die Ausbildung der Kindergärtnerinnen.
- Artikel 1 des Gesetzes über die Lehrerbesoldungen unterstellt die an staatlich subventionierten Kindergärten wirkenden Kindergärtnerinnen der kantonalen Gesetzgebung über die Lehrerbesoldungen, welche unter anderem die Kostenverteilung zwischen Staat und Gemeinden regelt und den äusserst wichtigen Lastenausgleich enthält sowie die Arbeitszeit der Kindergärtnerinnen vorschreibt.
- Im Reglement für die Kindergärten im Kanton Bern sind Zweck und Aufsicht, Rechte und Pflichten der Kindergartenkommissionen und der Kindergärtnerinnen, Aufnahme, Versicherung, schulärztlicher Dienst usw. geregelt. Insbesondere wird bestimmt, dass die Vorschriften für die Primarschulen angewandt werden, soweit für den Kindergarten nicht besondere Bestimmungen bestehen.
- Weitere Erlasse enthalten Vorschriften über Bau und Ausstattung von Kindergärten, administrative Weisungen usw. und erklären den vom Schweizerischen Kindergärtnerinnenverein herausgegebenen Rahmenplan für den Kanton Bern verbindlich. Mit diesem Plan wird eine Barriere gegen die Verschulung des Kindergartens errichtet und ein Stück interkantonaler Schulkoordination verwirklicht.

Das heute geltende Recht enthält fast alle Elemente des vom Regierungsrat vorgelegten Gesetzesentwurfes. Die übrigen sind vom Grossen Rat mit der Überweisung verschiedener Vorstösse ausdrücklich verlangt worden. Mit dem neuen Gesetz wollte man dem Kindergarten eine unabhängige Rechtsbasis schaffen und den Beteiligten für ihre Arbeit ein im Alltag brauchbares Instrument in die Hand geben, das auch Nichtjuristen instand setzt, sich in den geltenden Vorschriften zurecht zu finden.

Weniger Staat

Das neue Gesetz mit seinen 62 Artikeln und den Verweisen auf andere anzuwendende Erlasse hat viele Grossräte bewogen, gegen die Ausdehnung der Staatstätigkeit zu demonstrieren und mehr Raum für die Privatinitiative zu verlangen. Es ist auch richtig, dass wir uns gegen eine zentralistisch verwaltete Schule wehren und für Freiräume kämpfen, in denen Einzelne und überblickbare Gruppen selbstverantwortlich handeln können. Gerade im Kindergarten soll nicht ein allzu enges Netz staatlicher Vorschriften spontanes Leben ersticken. Aber mit dem Slogan «weniger Staat – mehr Freiheit» kann man auch Wertvolles schädigen und der Willkür und der Rechtsungleichheit Tür und Tor öffnen. Denn Staat, das ist ja nicht bloss eine immer weiter wachsende Verwaltung, ein immer grösser werdender Beamtenapparat, immer mehr Steuern und Vorschriften. Staat ist auch eine für alle geltende Rechtsordnung, die erst persönliche Freiheit möglich macht. Ohne sie gilt bloss das

Recht des Stärkeren. Die Geschichte spricht nicht ohne Grund von «der kaiserlosen, der schrecklichen Zeit». Und Staat ist auch sozialer und wirtschaftlicher Ausgleich. Ohne staatliche Eingriffe müsste unsere Landwirtschaft zugrunde gehen, müssten die Randgebiete unseres Kantons verarmen und ganze Bevölkerungsgruppen Not leiden. Staat, das ist auch AHV oder Erwerbsersatzordnung für Soldaten, Arbeitslosenversicherung und Berggebietsförderung. Und Staat, das ist eben auch ein öffentliches Bildungswesen, das der Jugend aller Schichten und aller Gebiete offen steht. Nur dieses öffentliche Bildungswesen vermag einigermassen zu garantieren, dass der Einzelne seine natürlichen Anlagen entfalten kann und durch eigene Leistung eine ihm entsprechende Stellung in unserer Gesellschaft zu erreichen vermag. Ohne ein solches Bildungssystem bestimmen Vorrechte der Geburt, des Herkommens den Lebensweg des Einzelnen in viel stärkerem Ausmass.

Der Verwaltungsbericht der Erziehungsdirektion für das Jahr 1981 erfasst 711 Kindergärten, die von total 12900 Kindern oder rund 90 Prozent der späteren Schüler besucht werden. Private Trägerschaften bestehen für 195 Kindergärten, davon 80 allein in der Stadt Bern. Auch diese unterstehen staatlichen Vorschriften.

Heute bezahlen Staat und Gemeinden allein an Besoldungskosten für Kindergärtnerinnen 28 Millionen Franken im Jahr. Dazu kommen die Kosten für Bau und Ausstattung sowie Betrieb der Kindergärten, für die Ausbildung der Kindergärtnerinnen und anderes mehr. Der Staat wäre ein schlechter Verwalter unserer Steuergelder, wenn er nicht Vorschriften für die Verwendung dieser Mittel erlassen und deren Einhaltung kontrollieren würde. Ohne Staatsbeiträge aber ist das Kindergartenwesen im heutigen Umfang nicht möglich. Weniger Staat, das bedeutet in diesem Fall weniger Kindergärten, weniger Chancengleichheit für benachteiligte Kinder, weniger Beiträge für wirtschaftlich schwache Gebiete über den kantonalen Lastenausgleich.

Wie weiter?

Der Grosse Rat hat einen Auftrag erteilt, der auszuführen ist: auf die Septembersession 1983 hin ist ein neuer Entwurf für ein Kindergartengesetz vorzulegen.

Die neu eingereichte Motion Robert ist so rasch wie möglich zu behandeln und abzulehnen, weil sie zum Teil überflüssig ist, zum anderen Teil eine Diskussion vorwegnimmt, welche der Rat aufgrund des neuen Gesetzesentwurfes führen muss.

Dieser neue Entwurf hat den Voten in der Eintretensdebatte zu entsprechen. Mit seinem Eintretensbeschluss hat der Grosse Rat zum Ausdruck gebracht, dass er ein Gesetz will. Er hat ferner die Grundsätze bestätigt, dass der Kindergarten überall angeboten werden, aber für die Kinder, respektive ihre Eltern freiwillig und unentgeltlich bleiben muss. Der Rat hat ebenfalls klar zum Ausdruck gebracht, dass er ein möglichst kurzes und einfaches Gesetz will und dass der Privatinitiative im Kindergartenwesen möglichst breiter Raum zu lassen ist.

Unentgeltlichkeit ist nur möglich, wenn die Kindergärten durch die öffentliche Hand finanziert werden, wobei nur die Anwendung eines Lastenausgleichs den Verhältnissen in den dünn besiedelten und wirtschaftlich schwachen Regionen Rechnung trägt. Das Angebotsobligatorium erfordert eine staatliche Kontrolle und staatliche Mindestvorschriften. Es ist im Rat auch zum Ausdruck gebracht worden, dass man das bis heute Aufgebaute nicht zerstören will. Das bedeutet, dass man die heutigen Regelungen weitgehend bewahrt, aber auf ein eigenes Gesetz abstützt, welches nur die Grundprinzipien für das bernische Kindergartenwesen und Abweichungen vom übrigen Schulrecht enthält.

Dass in diesem Rahmen auch «private Trägerschaften» denkbar sind, beweisen die kaufmännischen Berufsschulen, welche durch öffentliches Recht geregelt und weitgehend durch die öffentliche Hand finanziert sind, deren «Träger» aber der Kaufmännische Verein ist.

Diesem Vorgehen stehen zwei Alternativen gegenüber:

- der Rat kann das neue Gesetz ablehnen und damit die geltende Rechtsordnung in Kraft lassen,
- oder er kann das neue Gesetz so ändern, dass die geltende Rechtsordnung ersatzlos aufgehoben und der Kindergarten ganz in die Verantwortung der Gemeinden oder privater Organisationen gelegt wird, wobei dem Staat noch die Möglichkeit von Subventionen offen bleibt.

Die erste Alternative trägt den vom Rat bestätigten Aufträgen nicht Rechnung, die zweite zerstört das bisher Aufgebaute weitgehend, benachteiligt die Randgebiete unseres Kantons und gibt im Bereich der Ausbildung dem Herkommen wieder einen grösseren Einfluss als den persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten und Leistungen.

Der Kantonalvorstand
des Bernischen Lehrervereins

Geschichte – Histoire

Die französischen Vorträge der HISPO (Association d'histoire et de science politique) werden eher langsam gesprochen, sodass Deutschschweizer (Lehrer, Seminaristen, Gymnasiasten) leicht verstehen. Die Diskussion ist zweisprachig.

Programme 1982/1983

15 novembre 1982

M. *Ch. Chappuis*, médecin en chef de la Division «Gériatrie et Réhabilitation», Hôpital Ziegler, Berne: *La gériatrie hier et aujourd'hui*

13 décembre 1982

Mme *Y. Jaggi*, conseillère nationale, Lausanne: *Défense des consommateurs et «haute politique»*

17 janvier 1983

M. *L. Schlumpf*, conseiller fédéral, Berne: *Problèmes des mass-média*

25 janvier 1983 (mardi, 20 heures)

M. *A. Peyrefitte*, auteur de «Le Mal français», député, Paris: *Vers une société de confiance* (en coopération avec l'office organisateur «Amt für Gesamtstädtische kirchliche Aufgaben» et l'Alliance française, Berne)

26 janvier 1983 (mercredi matin)

M. *A. Peyrefitte* présentera *La thèse de Max Weber reconsidérée* (l'heure et la salle seront indiquées à la séance du 17 janvier)

21 février 1983
M. *H. U. Jost*, professeur à l'Université de Lausanne, secrétaire général de la Société suisse d'histoire sociale et économique: *Le rôle politique des beaux-arts au début du XIXe siècle*

7 mars 1983
M. *J.-F. Bergier*, professeur à l'EPF, Zurich: *Stratégie du sel (XIIIe–XIXe siècles)*

Les conférences commencent à *20 heures*, à l'Auditorium de la Stadt- und Universitätsbibliothek, Münstergasse 63, Berne. Entrée gratuite.

Toute personne, quelle que soit sa langue maternelle, peut devenir membre de l'HISPO. Elle recevra le premier numéro du périodique «Histoire et science politique», Revue de Berne, que l'HISPO se propose de publier dans quelque temps.

Prière de verser la *cotisation* pour l'année 1983 au CCP HISPO 30-7453, Berne. Membre individuel: 15 francs. Couple: 25 francs. Etudiant et retraité: réduction de 5 francs. Membre collectif: 50 francs. Le récépissé postal tient lieu de justification.

Renaissance – Satie – Wien

«Berner Jugendkonzerte» 1982/83 im Konservatorium

Jugendkonzerte – jedes Jahr, wenn das Programm erscheint, stellt sich wieder die Frage: Haben die Veranstalter es getroffen? «Es» – gemeint ist jene Mischung von verschiedenen musikalischen Formen, Stilen und Epochen, von verschiedenartigen Instrumenten und Formationen, vor allem aber die Kommentatoren, die für das in erster Linie anvisierte Publikum der Zwölf- bis Zwanzigjährigen die rechte Mitte zwischen unverbindlicher Plauderei und Lehrhaftigkeit, die nach Schulstube riecht, finden.

Wir hoffen es für alle Beteiligten, und wir glauben sagen zu dürfen: die Namen der Ausführenden bürgen dafür: Susi Weber und Niklaus Debrunner haben bereits grosse Erfahrung mit Kinderkonzerten, und wenn sie am 20./21. November Lieder und Tänze aus der französischen Renaissance präsentieren, so arbeiten sie zudem mit dem Genfer «Ensembles Glosas» zusammen, das sie von früheren gemeinsamen Produktionen her kennen.

Gertrud Schneider und Eric Satie – zwei Namen, die im Bewusstsein der Kenner seit Jahren zusammen gehören. Diesmal gesellt sich der Pianistin eine zweite, ebenso originelle und eigenständige Musikerin bei; auch Christine Harnisch hat sich intensiv mit Satie beschäftigt, und den Kontakt mit Jugendlichen übt sie als Seminarlehrerin täglich sozusagen professionell (29./30. Januar 1983).

Als Privileg darf man es bezeichnen, wenn man ein weltbekanntes Ensemble wie die «Camerata Bern» in der eigenen Stadt zur Verfügung hat. Ihr Leader Thomas Füri wird in seiner unkomplizierten Art zweifellos «ankommen», zumal er am 5./6. März zu einem Thema sprechen darf, das ihm aus jahrelanger musikalischer Beschäftigung besonders nahe steht: «Musik in Wien – Wien und die Musik». Man darf gespannt sein, welche Werkwahl er und sein Ensemble bei der ungeheuren Vielfalt an Musik, die sich bei diesem Motto anbietet, treffen werden.

Es sei daran erinnert, dass die Konzerte am Samstagnachmittag um 16.30 Uhr und am Sonntagvormittag um 10.30 Uhr stattfinden. Die bewusst besonders preisgünstig gehaltenen Abonnements sind an der Konzertkasse Casino Bern, Herrengasse 25, Telefon 031 22 42 42, erhältlich.

Annelies Wehrli-Towlson
Markus Steiger

L'Ecole bernoise

Nouvelles du Centre de perfectionnement

Pour notre réflexion

Qu'il nous soit permis de reproduire in extenso l'avant-propos du livret de cours 1983 – qui sera expédié ces jours prochains – de M. Henri-Louis Favre, directeur de l'Instruction publique.

Mesdames, Messieurs,
Chers collègues,

Si j'accepte régulièrement de rédiger cet avant-propos, c'est qu'il me donne l'occasion, la chose est si rare, de dire ma reconnaissance à tous ceux qui animent le Centre de perfectionnement du corps enseignant. L'institution a pris une telle importance qu'on a tendance, et ceci est bien naturel, à ignorer son existence; un bon fonctionnement conduit à oublier l'organe qui le crée.

Le programme de cette année met en relief cet effort. En une période où les difficultés économiques s'accumulent et où, par conséquent, il est nécessaire de consentir à des sacrifices, il faut savoir sauvegarder une activité qui doit se maintenir, se développer et se diversifier encore.

Cette activité peut se résumer ainsi:

- approfondissement et renouvellement du contenu de l'enseignement;
- acquisition de connaissances nouvelles;
- disponibilité permanente répondant aux besoins de la société.

Les cours, séminaires, rencontres organisés sont basés sur la conception globale du perfectionnement qui comprend la recherche, la documentation, l'expérimentation, les moyens d'enseignement, la pédagogie d'adultes et l'évaluation; ils tendent à réaliser un équilibre indispensable entre les recyclages, la formation complémentaire et la formation continue qui s'intègre au savoir-faire et être de l'enseignant.

Le programme laisse apparaître une planification rationnelle des activités placées sous la responsabilité de

coordinateurs responsables de secteurs précis; une collaboration étroite avec les associations d'enseignants et les autres institutions organisant des cours (Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail [OFIAMT], Centre suisse pour le perfectionnement des professeurs de l'enseignement secondaire, Lucerne, Société suisse de travail manuel et réforme scolaire) est assurée.

Une attention particulière est portée sur l'organisation de cours intercantonaux (Commission consultative pour le perfectionnement des enseignants de la Suisse romande et du Tessin) et la diffusion d'une information destinée également aux présidents de commission, leurs délégués et les cadres de l'enseignement.

L'ouverture à la vie active est aussi une mission du Centre; à cet effet, la présence dans le programme de cours spécifiques destinés aux écoles supérieures de commerce et écoles professionnelles est un facteur positif.

Le livret contient également plusieurs textes destinés à promouvoir la réflexion et à ouvrir la discussion.

Le programme est de choix et de qualité. Puissiez-vous, chers collègues, en bénéficier.

*

Par ailleurs, nous portons d'ores et déjà à la connaissance de tous les enseignants de 5e et 6e année concernés par les cours de recyclage en *Education visuelle et manuelle – Activités créatrices* (détaillés dans le livret 1983) qu'il est absolument nécessaire que ceux-ci nous envoient un bulletin d'inscription pour les cours auxquels ils sont astreints.

En effet, les maîtres à deux branches pourront suivre à choix certains cours proposés et, d'autre part, nous ne disposons pas de liste particulière des enseignants en TM et/ou EA.

Aussi, en vue de répondre à vos désirs et afin d'éviter certains oublis, nous osons compter sur votre diligence.

Le directeur du Centre: *W. Jeanneret*

Assemblée des délégués de la SEJB

La prochaine Assemblée des délégués de la SEJB aura lieu le *jeudi 25 novembre 1982, à 17 h. 30, à l'Hôtel de la Couronne, à Sonceboz.*

Ordre du jour

1. Ouverture de l'Assemblée des délégués de la SEJB
2. Procès-verbaux
   a) de l'Assemblée des délégués SEJB du 18 mai 1982 (compte rendu dans l'«Ecole bernoise» No 33 du 20 août 1982)
   b) de l'Assemblée générale de la SEJB du 27 août 1982 (compte rendu dans l'«Ecole bernoise» No 39 du 1er octobre 1982)
3. Rapport d'activité du CC/SEJB
4. Rapports des commissions permanentes
   a) Commission «Education permanente»
   b) Commission Croix-Rouge Jeunesse
5. Elections
   a) de deux membres du CC/SEJB
   b) de la présidente du CC/SEJB
   c) d'un membre du CC/SPR
   d) d'un membre de la Commission pédagogique
6. Programme d'activité 1982/1983
7. Prise de position de l'Assemblée des délégués de la SEB au sujet de la réforme du système bernois de formation
8. Divers et imprévus

Le président: *Michel Lanève*

L'AD/SEJB sera suivie, à 19 heures, de l'assemblée préalable de la SEB au cours de laquelle seront discutés les différents points de l'Assemblée des délégués de la SEB du 1er décembre 1982.

CIRCE III

En avril 1982, la Direction de l'instruction publique envoyait à tous les enseignants de la partie de langue française du canton de Berne le bulletin «Coordination», édition spéciale CIRCE III. Elle invitait les enseignants à lui faire part de leurs remarques et suggestions au sujet des programmes-cadres de mathématiques, français et allemand.

Si la participation à la consultation fut plutôt modeste, la SEJB a toutefois adressé à la DIP sa prise de position que nous avons publiée dans l'«Ecole bernoise» No 35 du 3 septembre 1982.

Il nous paraît intéressant de publier ici, in extenso, la prise de position de la Direction de l'instruction publique. Nos collègues pourront se rendre compte que la consultation n'était pas un exercice «bidon» et que la prise de position de la DIP tient largement compte de leurs remarques. (ym)

*

Prise de position de la DIP

1. Introduction

Etant donné l'importance des futurs programmes de français, d'allemand et de mathématique pour les degrés 7, 8 et 9 de la scolarité obligatoire et l'influence déterminante de ceux-ci sur l'avenir de nos écoles, nous avons examiné avec la plus grande attention les résultats de la consultation relative aux projets desdits programmes proposés par les sous-commissions de CIRCE III.

C'est pourquoi, il nous a paru indispensable d'affirmer ou de réaffirmer quelques principes de notre conception de la coordination et ainsi de fixer le cadre de notre réponse.

Nous ne voudrions pas entrer dans le sujet qui nous préoccupe sans remercier sincèrement CIRCE III, et son président plus particulièrement, de l'effort considérable déployé au profit de la coordination romande.

2. Procédure de consultation

La présente réponse cantonale s'appuie largement sur les remarques et suggestions de nos commissions consultatives – Commission des moyens d'enseignement pour les écoles primaires, Commission des moyens d'enseignement pour les écoles secondaires, Commission cantonale de la Direction de l'instruction publique et de la Direction de l'économie publique pour les questions relatives à la collaboration entre l'école obligatoire et l'école professionnelle, Commission cantonale de maturité –, de l'Office cantonal de la formation professionnelle, des écoles moyennes supérieures et de la Société des enseignants bernois.

A juste titre, la procédure de consultation mise en place par CIRCE III se voulait large vu sa grande importance. Nous avons été sensibles à ce fait. On pourrait tout au plus regretter des délais trop courts et une présentation trop luxueuse de documents qui ne sont que des projets.

3. A propos de la coordination scolaire

Plus encore qu'une idée ou qu'un mouvement, la coordination reflète un état d'esprit qui se manifeste par la volonté plus ou moins marquée de plusieurs partenaires de collaborer, de rapprocher leurs programmes aux fins d'harmoniser leurs systèmes scolaires.

Cette attitude face à la coordination conduit tout naturellement chaque partenaire, pour autant qu'il soit conséquent, à

- fixer ses propres règles de conduite;
- dialoguer et négocier dans le respect des autres partenaires;
- appliquer les décisions prises en commun, tant que celles-ci permettent l'expression de certains particularismes cantonaux, et notamment des structures scolaires.

En conséquence, nous pensons utile de rappeler dans la présente réponse nos propres règles de conduite, tout en affirmant notre attachement à la coordination romande.

- Si le canton n'a pas signé le Concordat sur la coordination scolaire, il s'est par contre engagé à en appliquer les principes, ce qu'il fait même au prix de grandes difficultés, par exemple en ce qui concerne le début de l'année scolaire.
- La coordination doit placer l'enfant au centre du débat: un des arguments forts veut que l'enfant se retrouve partout à l'aise dans les programmes et avec les moyens d'enseignement utilisés. Ceci postule des plans *structurés* et dont les *objectifs sont hiérarchisés*, permettant ainsi la confection des moyens d'enseignement.

Le respect des structures scolaires et des particularismes cantonaux exige non pas des plans contraignants, mais des plans-cadres.

Or, un des points de définition du plan-cadre (cf. Rapport intermédiaire CIRCE III, adopté par la CDIP/SR + TI le 7 décembre 1978, page 3) précice que «les programmes des degrés 7, 8 et 9 contiendront des éléments de base, valables pour tous les élèves, ainsi que des développements et extensions nécessaires à proposer plus particulièrement aux quatre catégories d'élèves définies».

Nous constatons qu'aucun des programmes proposés ne répond pleinement à cette exigence.

- Nous sommes d'avis que la définition du plan-cadre de CIRCE III doit rester la règle et qu'il est illusoire d'aller au-delà: les grilles horaires, les structures scolaires, la formation des maîtres, les structures politiques et les moyens financiers différents sont autant de facteurs qui, actuellement, nous interdisent d'envisager une coordination au sens étroit du terme.
- Nous serons toujours favorables à des programmes qui couvrent à la fois les besoins de nos écoles primaires et ceux de nos écoles secondaires.
- Les programmes doivent tenir compte, dans une mesure raisonnable, des classes à cours multiples (CCM).
- Notre loi scolaire précise que l'enseignant observe les instructions des autorités scolaires dans les limites des dispositions légales et que, pour le reste, il exerce ses fonctions d'une manière indépendante, tout en respectant le plan d'études.

Il ne nous est donc pas possible de souscrire sans réserve à des restrictions apportées à la liberté méthodologique.

- Nous ne négligerons jamais les besoins du post-scolaire.

C'est pourquoi, en résumé, nous sommes très favorables à la confection de plans-cadres offrant la souplesse d'application requise par les particularismes cantonaux.

4. Projets de programmes

Dans leur ensemble, les programmes proposés ne respectent que très partiellement la définition du plan-cadre décidée par CIRCE III (cf. Rapport intermédiaire CIRCE III, adopté par la CDIP/SR + TI le 7 décembre 1978, pages 3 et 4).

Les remarques formulées à propos des divers programmes tiennent compte uniquement des contenus et non des éventuelles difficultés d'application de ceux-ci (recyclage, moyens financiers, formation des maîtres).

4.1 Français

Sous sa forme actuelle, le programme proposé ne saurait être accepté.

Il est nécessaire de procéder à:

- une meilleure *structuration des objectifs* généraux et particuliers;
- une *réorganisation des contenus* en fonction des degrés et de la nécessité d'une approche progressive des notions importantes;
- une *systématisation des divers apprentissages* que ne néglige pas la mémorisation;
- une *construction grammaticale* progressive et méthodique qui ne rende pas plus difficile l'apprentissage des langues étrangères (grammaire, orthographe, analyse des espèces et analyse grammaticale);
- un *choix d'œuvres littéraires* pouvant être exploitées;
- une *simplification de la terminologie.*

Enfin, s'il est judicieux d'augmenter la part de l'oral et de l'utilitaire, il ne faut toutefois pas négliger l'écrit et être conscient du fait que s'appuyer essentiellement sur les pratiques langagières de l'enfant – indispensable au début de sa scolarité – peut conduire à un appauvrisse-

ment dangereux de la langue. Un effort important doit être fait dans le domaine de l'écrit, tant dans le fond que dans la forme, ne serait-ce que pour satisfaire aux exigences de la vie active.

4.2 Allemand

Dans son ensemble, le programme proposé est une bonne base de travail pour l'élaboration des plans d'études cantonaux.

Il est nécessaire de revoir le projet, dans le sens

- d'une *extension dans les domaines culturel et littéraire* pour les classes prégymnasiales principalement;
- d'une *précision des objectifs atteints* à la fin de la période CIRCE II;
- d'une *concordance rigoureuse* des catalogues A et B;
- d'une *structuration annuelle* des objectifs présentés sous forme de thèmes généraux.

Enfin, le programme proposé qui se base sur un développement de l'expression orale ne devrait pas négliger l'expression écrite: il est donc indispensable d'assurer un équilibre entre les communications écrite et orale. De plus, la théorie (étude des structures de la langue) devrait conserver une part appréciable.

Il nous paraît illusoire d'avoir un programme commun pour les deux voies de formation (primaire et secondaire).

4.3 Mathématique

Le projet proposé favorise la coordination.

Il est toutefois nécessaire de le revoir, dans le sens

- d'une *restructuration* permettant d'y introduire une unité de conception et d'en éliminer les ambiguités et les imprécisions;
- d'une *meilleure définition* des objectifs propres à la mathématique;
- d'une *mise à jour du rapport «Kern»* qui doit faire partie intégrante du programme.

Ainsi revu, *le programme associé aux lignes directrices et aux points de convergence adoptés par la CDIP/CH* favorisera très certainement la coordination et fournira à chaque canton une solide base pour la confection de ses propres plans d'études.

5. Conclusions

Nous tenons à remercier les sous-commissions de leur travail. Nous saluons la qualité et la présentation des divers rapports; ils constituent, à n'en pas douter, une importante contribution à l'effort de coordination.

De notre analyse des programmes proposés, nous concluons

- qu'ils doivent être revus en fonction des remarques formulées dans le présent rapport et en fonction de la définition du plan-cadre figurant dans le rapport intermédiaire de CIRCE III;
- qu'ensuite les plans-cadres seront des documents permettant la production de plans d'études cantonaux adaptés aux structures de chaque canton.

Le respect et l'application de ce dernier principe sont indispensables. En effet, en l'état actuel des choses, et quelle que soit la conception que l'on puisse avoir de la coordination scolaire, celle-ci n'a de chances d'être réalisée de manière optimale que si elle tient compte des réalités cantonales.

Ceci est d'ailleurs conforme à la définition plus souple de la coordination figurant dans le rapport intermédiaire du groupe de travail «Coordination 80» (janvier 1982), approuvée par la Conférence des chefs de département de l'Instruction publique de la Suisse romande et du Tessin.

Le directeur de l'Instruction publique
Henri-Louis Favre, conseiller d'Etat

Grandeur des classes

L'article ci-après, publié par l'Office fédéral de la statistique, nous a paru intéressant pour l'ensemble des enseignants. C'est la raison pour laquelle nous nous permettons de le reproduire, ainsi que le tableau permettant d'intéressantes comparaisons entre les différents cantons.

Réduction de la taille des classes en 1981/82

La diminution persistante du nombre des élèves fréquentant la scolarité obligatoire a entraîné une nouvelle réduction de la taille moyenne des classes; pour l'ensemble de la Suisse, le nombre des postes d'enseignants n'a cependant pas accusé de plus forte contraction. Ces données ressortent des premiers résultats de la statistique des élèves établie par l'Office fédéral de la statistique (OFS) pour l'année 1981/82.

Pendant l'année scolaire 1981/82, on a compté, dans la scolarité obligatoire, 825 000 élèves, soit 25 000 ou 2,9 % de moins que l'année précédente. Depuis 1976/77, elle a ainsi enregistré une perte de quelque 80 000 élèves. En revanche, le nombre des classes dans les écoles à programme d'enseignement normal est demeuré pratiquement inchangé; comparativement à l'année précédente, il a légèrement reculé de 100 unités pour passer à 36 300 (– 0,3 %). Etant donné que ce nombre correspond approximativement à celui des postes d'enseignants à plein temps, on ne relève, pour l'ensemble du pays et abstraction faite des fortes variations locales et régionales, pas de suppression de postes plus importante à cet égard. Le recul de l'effectif global des élèves et le nombre de classes à peu près constant ont entraîné par contre une nouvelle réduction de la taille moyenne des classes. Tant au degré primaire qu'au degré secondaire I, on comptait quelque 21 élèves par classe en 1981/82. Les différences entre cantons se sont également atténuées. Alors qu'en 1981/82, la moyenne cantonale se situait entre 18 et 25 élèves par classe, elle variait encore entre 20 et 29 élèves en 1976/77.

Voir le tableau à la page suivante

Par ailleurs, le nombre total des personnes achevant une formation postobligatoire a à nouveau progressé: pendant l'année scolaire 1981/82, il atteignait ainsi (degré secondaire II) 308 000, soit 3 % de plus que l'année précédente (299 100). La part principale est constituée par les 231 100 élèves de la formation professionnelle; 54 600 élèves fréquentaient une école préparant à la maturité, 12 600 une autre école de formation générale, 9700 étant enfin inscrits dans des écoles pour les profes-

Canton	Scolarité obligatoire			Taille moyenne des classes	
	Total	Degré primaire	Degré secondaire I	Degré primaire	Degré secondaire I
ZH	120 500	74 300	46 200	21,1	19,0
BE	114 000	45 200	68 800	19,4	22,4
LU	41 300	26 000	15 300	23,3	21,6
UR	5 200	3 300	1 900	22,1	19,5
SZ	13 800	8 800	5 000	21,4	22,2
OW	3 900	2 500	1 400	24,3	20,3
NW	4 300	2 800	1 500	21,9	19,6
GL	4 500	2 900	1 600	22,4	18,1
ZG	10 800	6 700	4 100	22,4	19,8
FR	26 300	16 600	9 700	20,5	23,0
SO	27 000	16 900	10 100	21,5	19,5
BS	17 300	5 600	11 700	20,6	20,6
BL	27 600	13 900	13 700	21,6	22,2
SH	8 300	4 800	3 500	23,3	20,8
AR	5 600	3 700	1 900	22,2	20,1
AI	1 800	1 200	600	24,8	19,5
SG	53 900	33 400	20 500	23,1	20,6
GR	22 500	14 000	8 500	19,9	19,6
AG	59 500	30 900	28 600	23,9	22,2
TG	25 000	15 700	9 300	23,3	20,4
TI	34 400	17 800	16 600	19,4	21,0
VD	61 200	26 000	35 200	19,6	20,4
VS	35 200	22 800	12 400	21,0	20,5
NE	18 300	10 000	8 300	18,9	19,9
GE	37 800	24 500	13 300	20,3	20,3
JU	9 700	4 000	5 700	18,1	23,8
CH	789 700	434 300	355 400	21,0	20,8

Non compris 35 350 élèves des degrés primaire et secondaire I à programme d'enseignement spécial

sions de l'enseignement. L'effectif total des étudiants au degré secondaire II devrait encore augmenter au cours des deux ou trois années à venir, avant d'enregistrer ensuite aussi un fléchissement. Les années à faible natalité se sont manifestées dès 1981/82: les 91 300 nouveaux inscrits à une formation professionnelle ne représentent plus qu'une augmentation de 0,9% par rapport à l'effectif de l'année précédente (90 500). Les écoles préparant à la maturité ont enregistré 17 000 nouvelles inscriptions contre 16 500 l'année précédente; cet accroissement de 3% se révèle également nettement plus modeste qu'en 1980/81 (+7%).

88 300 personnes suivaient une formation de degré tertiaire, ce qui représente une progression de 3,6% par rapport à l'année précédente (85 200). La part des étudiants immatriculés dans les universités et hautes écoles se chiffrait à 63 900 (61 400), les 24 400 autres étudiants recensés se répartissant entre les écoles de formation professionnelle extra-universitaires et supérieures: écoles d'ingénieurs, de techniciens, écoles supérieures pour des professions d'ordre technique, administratif, pédagogique ou social.

Office fédéral de la statistique
Service de presse

Redaktion: Hans Adam, Olivenweg 8, 3018 Bern/Postfach, Telefon 031 56 03 17 (evtl. über 037 39 21 86 erreichbar).

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunngasse 16, 3011 Bern, Telefon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, 3074 Muri bei Bern, Breichtenstrasse 13, Telefon 031 52 16 14.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Rédaction pour la partie française: Yves Monnin, secrétaire adjoint SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses at les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.

AZ 3000 Bern 1

Druck und Spedition Eicher + Co. 1342 – 3001 Bern